

Informationen gemäß Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten

Im Zusammenhang mit Leistungen des Standesamtes (insbesondere Geburtsanzeige und -beurkundung, Geburtsurkunde und -bescheinigung, Anmeldung der Eheschließung, Eheschließung und -beurkundung, Eheurkunde, Ehefähigkeitszeugnis, Erklärung zur Vaterschafts- oder Mutterschaftsanerkennung, Namensklärung und -änderung, Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag, Sterbefallanzeige und -beurkundung, Sterbeurkunde, Negativbescheinigung über Registereinträge in den ehemaligen deutschen Gebieten, Auskunft aus einem Personenstandsregister und Sammelakte, Nachbeurkundung eines Personenstandsfalles im Ausland) werden personenbezogene Daten erhoben. Bitte beachten Sie hierzu nachstehende Datenschutzhinweise:

1. Angaben zum Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenerhebung ist:

Stadt Wetter (Ruhr)
Der Bürgermeister
Fachdienst Bürgerdienste und öffentliche Ordnung - Bereich Personenstandswesen -
Kaiserstraße 170
58300 Wetter (Ruhr)

Ihre Ansprechpersonen im Zusammenhang mit Leistungen des Standesamtes finden Sie auf der Internetseite der Stadt Wetter (Ruhr) (www.stadt-wetter.de) im Bereich „Kontakt“ – „Standesamt“.

2. Angaben zum Datenschutzbeauftragten

Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten lauten:

Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Stadt Wetter (Ruhr)
Kaiserstraße 170
58300 Wetter (Ruhr)
02335 840142
datenschutz@stadt-wetter.de

3. Angaben zur Aufsichtsbehörde

Zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist die:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 2-4
40213 Düsseldorf
0211 384240
poststelle@ldi.nrw.de
www.ldi.nrw.de

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die personenbezogenen Daten werden erhoben, um Leistungen des Standesamtes erbringen zu können.

Die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten sind:

- Art. 6 Abs. 1 lit. c) und e) Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) i. V. m. § 3 Datenschutzgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (DSG NRW)
- Personenstandsgesetz (PStG), Personenstandsverordnung (PStV)
- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche (EGBGB), Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG), Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG), Familiennamensrechtsgesetz (FamNamRG), Namensänderungsgesetz (NamÄndG), Kindschaftsrechtsreformgesetz (KindRG), Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG), Adoptionswirkungsgesetz (AdWirkG)
- Bundesvertriebenengesetz (BVFG), Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG), Aufenthaltsgesetz (AufenthG), Aufenthaltsverordnung (AufenthV), Asylgesetz (AsylG), Freizügigkeitsgesetz/EU (FreizügG/EU)

- Konsulargesetz (KonsularG), internationale zwischenstaatliche Regelungen/Vereinbarungen im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund von internationalen Übereinkommen und bilateralen oder multilateralen Verträgen
- Bevölkerungsstatistikgesetz (BevStatG), Personalausweisgesetz (PAuswG), Bundesmeldegesetz (BMG), Abgabenordnung (AO), Identifikationsnummerngesetz (IDNrG)
- Sozialgesetzbuch Viertes Buch (SGB IV), Sozialgesetzbuch Sechstes Buch (SGB VI), Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII), Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X)
- Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung NRW (AVwGebO NRW)

5. Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Die folgenden personenbezogenen Daten können zu o. g. Zwecken verarbeitet werden:

- Name, Geburtsname, Vorname, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht
- Staatsangehörigkeit, Personalausweis- und Reisepassdaten, steuerliche Identifikationsnummer
- Familienstand, Vorehe/n, frühere Lebenspartnerschaft/en, Nachweise über die Auflösung von Vorehe/n oder Lebenspartnerschaften
- Angaben zu Kindern/Abkömmlingen/Eltern/Adoptiveltern/gesetzlichen Vertretern
- Register- und Behördendaten, Daten zu formellen Erklärungen/Versicherungen an Eides statt und Statusnachweise
- Religionszugehörigkeit, Gesundheitsdaten
- Bankverbindung, Wirtschaftliche Verhältnisse
- Daten von Zusatzbeteiligten

6. Quelle der personenbezogenen Daten

Der Fachdienst Bürgerdienste und öffentliche Ordnung - Bereich Personenstandswesen - kann zum Zwecke der Aufgabenerfüllung unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen personenbezogene Daten auch bei anderen Stellen erheben bzw. von diesen erhalten. Dies können sein:

- andere Fachdienste der Stadt Wetter (Ruhr), insbesondere Fachdienst Bürgerdienste und öffentliche Ordnung - Bereich Bürgerbüro - und - Bereich öffentliche Ordnung -, Fachdienst Jugend, Fachdienst Finanzen, Stadtarchiv
- Ennepe-Ruhr-Kreis - Ausländerbehörde - und - Gesundheitsamt -
- Polizei- und Ordnungsbehörden, Jugendämter, Staatsangehörigkeits-/Einbürgerungsbehörden
- Standesamt 1 Berlin, andere Standesämter, Meldebehörden
- ausländische Vertretungen wie Botschaften und Konsulate
- Gerichte, Rechtsanwälte, Betreuer
- soziale oder medizinische Einrichtungen, Krankenhäuser, Geburtskliniken, Hebammen, Pflegeheime
- Finanzämter, statistische Landesämter, Bundeszentralamt für Steuern, Zentrale Testamentsregister
- öffentlich zugängliche Quellen: insbesondere Internet, Melderegister

7. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten (einschließlich der Zwecke der „Übermittlung“, die unter 4. bereits dargestellt sind)

Die personenbezogenen Daten können im Rahmen der Aufgabenerfüllung des Fachdienstes Bürgerdienste und öffentliche Ordnung - Bereich Personenstandswesen - unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen an folgende Empfänger übermittelt werden:

- andere Fachdienste der Stadt Wetter (Ruhr), insbesondere Fachdienst Bürgerdienste und öffentliche Ordnung - Bereich Bürgerbüro - und - Bereich öffentliche Ordnung -, Fachdienst Jugend, Fachdienst Finanzen, Stadtarchiv
- Ennepe-Ruhr-Kreis - Ausländerbehörde - und - Gesundheitsamt -
- Polizei- und Ordnungsbehörden, Jugendämter, Staatsangehörigkeits-/Einbürgerungsbehörden
- Standesamt I Berlin, andere Standesämter, Meldebehörden
- ausländische Vertretungen wie Botschaften und Konsulate
- Gerichte, Rechtsanwälte, Betreuer, Nachlasspfleger
- Soziale und medizinische Einrichtungen, Krankenhäuser, Geburtskliniken, Hebammen, Pflegeheime, Bestattungsunternehmen

- Finanzämter, statistische Landesämter, Bundeszentralamt für Steuern, Zentrale Testamentsregister, gesetzliche Rentenversicherungsträger
- SIT GmbH, Sonnenblumenallee 3, 58675 Hemer (als Auftragsverarbeiter)
- administrierende Personen der Stadt Wetter (Ruhr) im Rahmen der technischen Betreuung des Online-Services
- den von der Stadt Wetter (Ruhr) beauftragten technischen Dienstleister, NOLIS GmbH, Celler Straße 53, 31582 Nienburg. Mit diesem Dienstleister wurde ein Auftragsverarbeitungsvertrag abgeschlossen, der den Anforderungen des Art. 28 DS-GVO entspricht. Der Dienstleister trägt insbesondere auch Sorge dafür, dass die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Datensicherheit nach Art. 32 DS-GVO eingehalten werden.

8. Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Die personenbezogenen Daten können an ein Drittland (d. h. ein Land, das nicht zur EU gehört) oder eine internationale Organisation übermittelt werden. Sofern eine Datenübermittlung an ein Drittland vorgenommen wird, erfolgt diese im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen oder aufgrund von internationalen Übereinkommen und bilateralen Verträgen.

9. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung dieser Dauer

Die personenbezogenen Daten werden unter Beachtung der jeweils geltenden Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, z. B. den gesetzlichen Verjährungsfristen oder den Aufbewahrungsfristen nach den Empfehlungen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) für 80 Jahre gespeichert und werden danach aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung gemäß Archivgesetz dem Archiv angeboten. Soweit die Daten vom Archiv nicht übernommen werden, werden sie datenschutzgerecht vernichtet und gelöscht.

10. Rechte der betroffenen Person

Bei Erhebung personenbezogener Daten stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Auskunftsrecht der betroffenen Person (Art. 15 DS-GVO)
Es besteht ein Recht auf Auskunft der von dem Verantwortlichen verarbeiteten personenbezogenen Daten.
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO)
Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die, die betroffene Person betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sind. Unvollständige Daten können vervollständigt werden.
- Recht auf Löschung („Recht auf Vergessen werden“) (Art. 17 DS-GVO)
Es besteht grundsätzlich ein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten. Der Anspruch hängt jedoch u. a. davon ab, ob die Daten noch zur Erfüllung der Aufgaben benötigt werden (s. a. Dauer der Speicherung).
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)
Es besteht ein Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten der betroffenen Person zu verlangen, sofern nicht ein wichtiges öffentliches Interesse dem entgegensteht.
- Widerspruchsrecht (Art. 21 DS-GVO)
Es besteht das Recht, aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation der betroffenen Person ergeben, der Verarbeitung der diese betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht.

11. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben das Recht, bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Beschwerde einzulegen. Die Kontaktdaten finden Sie unter Punkt 3. dieser Datenschutzhinweise.

12. Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten

Sie sind zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten verpflichtet.

Diese Pflicht ergibt sich o. g. Rechtsgrundlagen.

Sofern Sie dieser Pflicht nicht nachkommen, kann die Leistung des Standesamtes nicht erbracht werden.

13. Automatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling)

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist nicht mit einer automatisierten Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling) verbunden.